

LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 4/2006 Dezember 2006

40 Jahre Elternvertretung auf Landesebene



LEB-Mitglieder beim Empfang von Ministerpräsident Kurt Beck zum 40-jährigen Bestehen des Landeselternbeirats

Aus dem Inhalt:

Landeselterntag 2006

Zukunft der Schule - Schule der Zukunft

Seite 3-5

nachgefragt

Rauchfreie Schule - wo bleibt sie nur?

Seite 6-7

Feedback-Kultur

Das Prinzip Rückmeldungen im Schulwesen

Seite 10

geändert

Schulordnung und Schulwahlordnung

Seite 11

Wir sind der Meinung Komma dass...

es uns Eltern gut ansteht, uns in Schulen verantwortlich einzubringen. Wir kennen alle die Situation am Wahlabend. Vorne steht eine Lehrerin oder ein Lehrer, der wenig mehr fürchtet als diesen Abend. In der Klasse sitzen Eltern, die sich mehr oder weniger kennen – weniger vor allem an weiterführenden Schulen – und die in der Mehrzahl hoffen, dieser Kelch möge an ihnen vorüber gehen. Vor den Herbstferien konnten viele Eltern und Lehrkräfte dieses Drama zum x-ten Male erleben. Es soll sogar Schulen geben, bei denen Wahlabende mangels Elterninteresse zwei Mal einberufen werden müssen und sich LehrerInnen genötigt sehen bei 5 anwesenden Personen die Klassenzimmertür abzuschließen, dass diejenigen, die sich verirrt haben nun doch den Wahlgang antreten.

Welch ein Trauerspiel – Welch eine vertane Chance!

Dabei sind nicht immer nur die „unmotivierten“, „uninteressierten“ Eltern die Schuldigen. Wie oft haben wir sie gehört, die Sätze, die demotivierender nicht sein könnten: „Sie wollen sicher auch bald nach Hause...“ und „Kommen wir zum schlimmsten Punkt heute Abend, der Klassenelternsprecherwahl...“ oder „Sie haben kaum etwas zu tun...“ o. ä.

Natürlich gibt es sie viel zu oft, die unmotivierten, desinteressierten Eltern, die sich wenig um die Schule scheren. Aber wer will schon in einem Klima ehrenamtlich tätig sein, in dem jede Wertschätzung der Arbeitsleistung und des Engagements fehlt? Im Gegenteil, wo man signalisiert „wir nehmen das alles hier nicht so ernst – aber es muss halt sein“. Und genau so geht man dann mit

gewählten Vertreterinnen und Vertretern auch um. Dabei gibt es sie, die zahlreichen Beispiele im Land, wo Klassenelternvertreter und Schulelternbeiräte konstruktiv und verantwortlich mit Schulleitungen und LehrerInnen zusammenarbeiten. Gemeinsam können sie vieles bewirken. Z.B. können sie LehrerInnen und Schulleitungen Rückmeldungen geben und dafür sorgen, dass Probleme „Problemchen“ bleiben und sich nicht zum schulischen Kommunikations-Gau ausweiten.

Eine funktionierende Elternkommunikation mit gewählten Elternvertretern, die mit all ihren Rechten und Pflichten von allen Beteiligten anerkannt wird, ist mit das Beste, was einer Schule passieren kann. Leider wird dieses Pfund, mit dem Schulen wuchern könnten, viel zu wenig genutzt.

Wenn Elternvertreter dann auch noch bereit sind, sich die notwendigen Kompetenzen anzueignen, z.B. in der Elternfortbildungsreihe des LEB gemeinsam mit dem IFB und der ADD, finanziert vom MBFJ, kann die Schule nur gewinnen. Dabei gewinnen auch – und darauf kommt es an – die Hauptpersonen, um die es uns immer geht: die Schülerinnen und Schüler.

Deshalb von dieser Stelle der Appell an alle, die es angeht: die Rechte der Elternvertreter sind im Schulgesetz festgeschrieben – wer sie ausfüllt und wer sie zugesteht leistet einen wichtigen Beitrag für gelingende Kommunikation vor Ort!

Gabriele Weindel-Güdemann



Gabriele Weindel-Güdemann
Foto: Franjo Schohl

*Anmerkung der Redaktion:
siehe auch Buchbesprechung auf Seite 15;
Renate Hendricks: Schicksal Schule*

Allen Eltern, allen Elternvertreterinnen und Elternvertretern, allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung wünschen wir gesegnete Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und ein erfolgreiches Jahr 2007.

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Dieter Dornbusch (verantwort.)

Geschäftsstelle

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Telefon 061 31- 16 29 26
Fax 061 31- 16 29 27
<http://leb.bildung-rp.de>
leb@mbwjk.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulelternbeiräten über die Schulleitungen zugestellt.

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Dieter Dornbusch, In der Wolfshecke 3
56412 Holler
Tel.: 02602 - 9995803, 0171 - 2117870
E-mail: dieter.dornbusch@web.de

Stellvertretende Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
E-mail: gabwbg@t-online.de

Franjo Schohl, Skagerrak-Str. 20
55128 Mainz, Tel.: 06131-366327
E-mail: Franjo.Schohl@web.de

Besitzer

Barbara Appel, Michael Esser,
Knuth Haußmann, Dr. Klaus Neulinger,
Ute Raas

Regionalelternsprecher

Koblenz

Joachim Zimmermann,
Vor der Hohnert 1
57537 Wissen, Tel.: 02742-4565
E-mail: Bruensel@aol.com
Herbert Woidtke, ständiger Vertreter im
LEB, Karolinger Str. 61, 56567 Neuwied,
Tel.: 02631-76803
E-mail: Herbert.Woidtke@t-online.de

Neustadt

Michael Reinartz, Nordring 7
76889 Schweigen-Rechtenbach
Tel.: 06342-919110
E-mail: michael-reinartz@t-online.de

Trier

Michael Geisbüsch, Am Sterenbach 27
54516 Wittlich, Tel. 06571-69926
E-mail: m.geisbuesch@fh-trier.de

Landeselterntag 2006

Zukunft der Schule - Schule der Zukunft

Traditionsgemäß steht der jährlich wiederkehrende Landeselterntag unter einem Motto oder einem Thema, welches für die Schule von grundsätzlicher, manchmal auch aktueller Bedeutung ist. Für den 14. Landeselterntag in Mülheim-Kärlich waren zwei Überschriften vorzusehen: „Vierzig Jahre Landeselternbeirat: Woher und wohin?“ nahm auf die Tatsache Bezug, dass der LEB Geburtstag hatte. „Neue Lehrer, besserer Unterricht – wie viel Veränderung braucht Schule?“ war das Thema für eine im Zentrum des Vormittages stehende Podiumsdiskussion.



Gisela Schreiner, Konrektorin, und Ferdi Rosenthal, Rektor, der gastgebenden Schule im Gespräch

Natürlich ging es beim 14. Landeselterntag in Mülheim-Kärlich am 4. November zunächst einmal um den 40. „Geburtstag“ des Landeselternbeirates. Dieses Jubiläum wurde von Dieter Dornbusch, dem amtierenden Landeselternsprecher, in seiner Festrede eingehend gewürdigt. In einem Abriss über die Geschichte und die Entwicklung des Landeselternbeirates wurde sichtbar, in welcher vielfältiger Form und auf wie vielen Gebieten der Landeselternbeirat heute wirksam tätig ist. Es geht bei der Arbeit des LEB nicht nur um die reine Interessenvertretung aller Eltern des Landes gegenüber der Schulbehörde. Es geht auch um gut strukturiertes Zusammenarbeiten mit dem Bildungsministerium bei der Verabschiedung von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften und Schulordnungen. Es geht – und dies in zunehmendem Maße – auch um Elternfortbildung, und insbesondere geht es um das ständige Bemühen, die Schul- und Bildungslandschaft insgesamt verantwortlich mitzugestalten und mitzuprägen.

Damit der LEB dies alles in zufriedenstellender Weise bewältigen kann, bedarf es einer ausreichend guten materiellen, räumlichen und personellen Ausstattung des LEB. Dieter Dornbusch war sehr daran gelegen,

der anwesenden Ministerin ausdrücklich Dank dafür zu sagen, dass in Rheinland-Pfalz die oberste Elternvertretung auch und gerade im Vergleich zu anderen Bundesländern gut versorgt und dadurch auch gut arbeitsfähig ist.



Über 250 Eltern kamen zum Landeselterntag in der Hauptschule Mülheim-Kärlich; Foto: Franjo Schohl

Entsprechend seiner heutigen Bedeutung wurde der LEB mit zahlreichen Glückwünschen und Grußworten bedacht, insbesondere aber wurde ihm auch Dank für die erbrachte Leistung der vergangenen vierzig Jahre zuteil. Allen voran war es Bildungsministerin Doris Ahnen, die die richtigen Worte der Würdigung fand. Auch der Vertreter des Schulträgers der gastgebenden Schule, Georg Hollmann, sowie der Schulleiter der gastgebenden Hauptschule, Ferdi Rosenthal, schlossen sich den Glückwünschen und der Würdigung an. Die Anwesenheit hochrangiger Vertreter der Schulbehörde, an der Spitze der Präsident der ADD, Dr. Josef Peter Mertes, verliehen der Veranstaltung noch zusätzlichen „personellen Glanz“.

Ganz besondere Erwähnung verdient natürlich, dass das Schülerorchester der benachbarten Realschule, ein gemischter Bläserchor, für eine ansprechende musikalische Umrahmung des Eröffnungsteils der Veranstaltung sorgte.

Fortsetzung auf Seite 4

Im Mittelpunkt der Vormittagsveranstaltung stand das Thema

Neue Lehrer, besserer Unterricht-
Wie viel Veränderung braucht
Schule?

Ganz bewusst war in diesem Jahr auf den Vortrag eines Referenten verzichtet worden. Dieses Thema ließ einen sofortigen Einstieg in eine Podiumsdiskussion nicht nur zu, sondern legte ein solches Vorgehen geradezu nahe.

Die Diskutanten waren Dr. Christine Biermann (didaktische Leiterin der Bielefelder Laborschule), Waldemar Breiten (Leiter des Studienseminars für das Lehramt an Förderschulen Neuwied), Theo Scholtes (Leiter Qualitätsmanagement und Personalentwicklung der Bitburger Braugruppe) sowie Dieter Dornbusch (LEB-Sprecher). Die anspruchsvolle Aufgabe der Moderation hatte Joachim Türk (Chefredakteur der Rheinzeitung) übernommen.

In den Eingangsstatements wurden durch die Diskussionsteilnehmer Zielvorstellungen und Veränderungsgedanken vorgetragen, die an eine Verwirklichung der „Schule der Zukunft“ heranführen sollten.

Durch den Landeselternsprecher wurde nochmals verdeutlicht, dass es eines längeren gemeinsamen Lernens bei Vermeidung zu früh einsetzender Selektionsvorgänge bedarf, um Kinder nicht zu rasch in Entmutigung und Perspektivverlust zu führen. Zudem sollte ein verpflichtendes jährlich stattfindendes Eltern-Schüler-Lehrergespräch der individuellen Förderung eine verbesserte Grundlage bieten.

Theo Scholtes wies darauf hin, dass die Veränderungen in der Arbeitswelt auch eine andere Qualifizierung der Schülerschaften als bisher notwendig werden lässt. Der fachgebundene Unterricht könne Schlüsselqualifikationen wie Projektfähigkeit und Teamfähigkeit nicht in erforderlicher Weise leisten. Die Schule müsse insgesamt zu einem Dienstleistungsunternehmen werden, die Lehrkräfte sich mehr und mehr zu Mitarbeitern in der Organisation Schule wandeln. Lehrer zu sein definiere sich dann nicht länger dahingehend, 24 oder 27 Unterrichtsstunden zu halten, sondern 40 Stunden in der Schule anwesend zu sein und die Schule als Bildungs-Dienstleistungsbetrieb zu gestalten.

Die didaktische Leiterin der Bielefelder Laborschule sprach sich für eine Vernetzung innerhalb der Lehrkräfte aus, und erteilte dem „Einzelkämpfertum“ der Lehrerinnen und Lehrer eine klare Absage. Auch müsse sich die Schule lösen von der Idee der Jahrgangsklassen; vielmehr seien jahrgangsübergreifende Lerngruppen, in welchen nicht mehr der Blick nur auf einzelne Lernfächer gerichtet sei, ein Merkmal der modernen Schule. Statt des fachgebundenen Unterrichtes müssten durch Zusammenfassung bestimmter Fächer eine Ausbildung in Erfah-



von links nach rechts: Waldemar Breiten, Theo Scholtes, Ministerin Ahnen, Joachim Türk, Dieter Dornbusch, Dr. Christine Biermann
Foto: Franjo Schöhl

rungsbereichen ermöglicht werden. Institutionalisierte Konferenzstrukturen müssen die Teamarbeit der Lehrkräfte befördern. Der Leiter des Studienseminars merkte kritisch an, dass aus seiner Sicht die Schule (wieder) den Blick auf das Lenken sollte, was im späteren Leben gebraucht werde. Damit meinte er unmissverständlich, dass vor allem die Bildungsstandards in den Fokus zu nehmen seien. Die Gestaltung der Prozesse im Unterricht dürften die Lerninhalte nicht vernachlässigen, vor allem nicht zugunsten sozialer und erlernpädagogischer Effekte. Die Ministerin hatte ihr Statement schon in ihrer Eingangsrede abgegeben. Sie erkennt in den Reformmaßnahmen in Rheinland-Pfalz eine Gesamtkonzeption. Den Ausbau der Ganztageschule sieht sie nach wie vor als wesentlichen Teil der Fortentwicklung des Schulsystems im Land an. Desweiteren soll die Schulsozialarbeit in den Hauptschulen flächendeckend installiert werden. Der Ausbau der „Agentur für Qualitätssicherung“ (AQS) sei ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung des Schulwesens. Die Förderung der Kindergartenkinder soll durch den Ausbau der Frühförderung eine noch bessere Basis für die folgende schulische Ausbildung herstellen.

Dem Moderator gelang es sehr gut, die Diskutanten ins Gespräch zu bringen. Zusammenfassend werden hier die wahrgenommenen Quintessenzen aus der lebhaften Diskussion kurz wiedergegeben:

- Es dürfte nicht sein, dass die Auszubildenden in den Betrieben heute noch genau so über Schule berichten, wie vor 30 oder 40 Jahren.
- Die Arbeitszeit und die Arbeitsform von Lehrkräften an Schulen hat sich neu zu definieren. Die Organisation von Schule muss im Sinne einer Bildungs-Dienstleistungsinstitution neu gestaltet werden.

- Junge Menschen müssen so „gebildet“ werden, dass sie mehr und mehr in die Lage versetzt werden, die Handlungsfrage „darf ich das...?“ zu ersetzen durch „ich versuche das jetzt einmal...!“
- Hinsichtlich der neu zu gestaltenden Lehrerausbildung muss auch eine neue Verständigung darüber ermöglicht werden, welchen Anforderungen die Schulabgänger in Zukunft zu entsprechen haben.
- Schulleitung hat nach anderen Modellen als dem bestehenden zu funktionieren. Schulleitungsaufgaben müssen klar von Verwaltungsaufgaben getrennt werden.
- Die (stofflichen) Inhalte dürfen nicht das alles andere überstrahlende Element von Unterricht sein. (Vgl. hierzu das Statement BREITEN vom Studienseminar!)
- Das bestehende Schulsystem ist ein selektives! Dem ist ein Schulsystem mit längeren Zeiten gemeinsamen Lernens entgegenzusetzen.
- PISA lehrt uns nicht, dass Prüfungen am Schluss von Lernabschnitten das Heil bringen, sondern dass die Gestaltung und Evaluierung der Förder- und Lernprozesse notwendig sind.

Der Nachmittag des Landeselterntages war im Wesentlichen der Arbeit in den angebotenen Foren vorbehalten. Die Arbeitskreise und Workshops waren in ihrer großen Mehrzahl gut besucht, teilweise sogar fast überfüllt. (Vgl. die Berichte aus den Foren)

Insgesamt kann den Organisatoren des Landeselterntages bescheinigt werden, sowohl bei der Wahl des Ortes und der in Anspruch genommenen Personen als auch bei der inhaltlichen Planung der Veranstaltung eine glückliche Hand gehabt zu haben. Wohin man hörte, man vernahm nur positive Rückmeldungen.

Dr. Klaus Neuling

Information, Diskussion und Erfahrungsaustausch in den Foren

Interessante und aktuelle Themen rund um den Bereich Schule lockten viele Eltern in die Foren am Nachmittag. In der Abschlussrunde wurden die Ergebnisse aus allen Gruppen vorgetragen. Hier finden Sie Auszüge aus den schriftlichen Berichten, die ungekürzten Berichte finden Sie unter <http://leb.bildung-rp.de>

Eltern gestalten Erziehungspartnerschaft - Gute Zusammenarbeit von Schulelternbeirat und Schulleitung

Referent: Hugo, Stolz, Realschulleiter

Moderation: M-Ch.Opper-Scholz

Die 31 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums erwarteten Tipps und Anregungen für Ihre Arbeit in der Elternvertretung. Fast alle wollten die ohnehin gute Zusammenarbeit zwischen SEB und Schulleitung noch verbessern. Herr Stolz machte in seinem Referat darauf aufmerksam, dass in der Schule Partner mit ganz unterschiedlichen Rollen kooperieren, was sowohl Chancen als auch Konfliktpotential birgt. Er plädierte für einen aktiven Dialog von Elternvertretung und Schulleitung.

Im anschließenden Gespräch wurden mit breiter Beteiligung Merkmale einer guten Zusammenarbeit zwischen Elternvertretung und Schulleitung zusammengetragen: (...) Elternvertretung und Schulleitung sollten sich darüber bewusst sein, dass gegenseitiges Vertrauen nicht verordnet werden kann, es kann durch die Pflege der guten Beziehungen wachsen.

Marie-Charlotte Opper-Scholz

Das Entwicklungsgespräch – Eltern-LehrerInnen-SchülerInnen treffen Vereinbarungen

Referentin: G. Weindel-Güdemann, LEB
Moderator: Herbert Woitdtk, LEB

Derzeit erarbeitet eine Arbeitsgruppe des Landeselternbeirats ein Konzept für das regelmäßige Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräch. Das Forum 3 hat die Ideen und die Erfahrungen der TeilnehmerInnen aufgenommen, um sie ins Konzept des LEB einarbeiten zu können.

Der Landeselternbeirat hält einen Perspektivwechsel in der Gesprächsführung an Schulen für notwendig. Die derzeit gängige Praxis zeigt, dass Gespräche nahezu ausschließlich im Konfliktfall oder bei Leistungsabfall von Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden. Diese Defizitorientierung sorgt von Beginn an für eine belastete Gesprächsatmosphäre. (...) Umgekehrt finden Eltern nur im Beschwerdefall den Weg in die Schule. (...)

Das Eltern-Lehrer-Schüler (ELS) – Gespräch wird für jede Schülerin und jeden Schüler anlassunabhängig mindestens einmal pro Jahr durchgeführt. Es dient der Forderung, die in der Novellierung des Schulgesetzes von 2004 verankert ist, nach individueller

Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers. (...)

Den TeilnehmerInnen am Forum 3 danke ich ausdrücklich für Ihre Bereitschaft sich auf die Thematik einzulassen und engagiert mitzuarbeiten. Ihr Input war hilfreich und wird in die Weiterentwicklung des Konzeptes einfließen.

Gabriele Weindel-Güdemann



Barbara Appel berichtet aus dem gut besuchten Forum 4

Wohin nach der Grundschule Kriterien für die beste Schulwahl

Referent: Dr. Klaus Neulinger, LEB

Moderatorin: Barbara Appel, LEB

Wohin geht mein Kind nach der Grundschule? Welche Kriterien sind bei der Schulwahl zu berücksichtigen? Dies sind Fragen, die viele Eltern von Kindern im 3. und 4. Schuljahr beschäftigen. So kamen dieses Jahr wieder knapp 30 Väter und Mütter zu diesem Workshop. (...)

In der 1. „Arbeitsrunde“ haben die Eltern ihren wichtigsten Wunsch für die weitere Schullaufbahn ihrer Kinder formuliert. Viele Wünsche waren Dinge, die gar nicht im Lehrplan stehen, wie Freude am Lernen, nicht über-, aber auch nicht unterfordert zu werden, Erfolg und ein breites Spektrum bei der Berufswahl.

Bei der anschließenden Gruppenarbeit haben die Eltern ihre Erwartungen an die Schulleitung, die Schülerschaft, das Kollegium, die Elternschaft und die Schul-

organisation zusammengetragen. (...)

„Die beste Schulwahl für mein Kind orientiert sich an meinem Kind“, so Dr. Neulinger. (...) Dazu hat er einen Einschätzungsbogen entwickelt, den die Eltern für ihr Kind ausgefüllt haben.

Dieser Einschätzungsbogen kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden, oder auf der Homepage herunter geladen werden.

Viele Eltern nahmen gleich die Gelegenheit wahr, diesen Bogen auch zum Einsatz an ihren Schulen mitzunehmen. (...)

Barbara Appel

Eltern beteiligen sich an der Qualitätsentwicklung in der Schule

Referentin und Referent: Frau Kerstin Goldstein und Herr Dr. Bläser-Krei, IFB
Moderatorin: Diane Béglise-Wolf, REB

Nach einer kurzen Präsentation des Themas fragten die TeilnehmerInnen „Was können Eltern tun, damit sie im Rahmen der Qualitätsentwicklung an der Schule *nicht* ernst genommen werden?“ Aus der Umkehrung wurden wichtige Gelingensbedingungen für die Beteiligung von Eltern an der Qualitätsentwicklung von Schule erarbeitet. Abschließend wurde ein gelungenes Qualitätsprojekt an einer Hauptschule vorgestellt, an dem die Elternschaft dieser Schule intensiv beteiligt war.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

In intensiven Diskussionen über die Rolle der Elternschaft in der Schule und deren aktive Partizipation an der Qualitätsarbeit, konnten folgende Empfehlungen erarbeitet werden:

1. Eine Bestandsaufnahme in der Elternschaft über die Qualität der Schule sollte den Fokus auf das Positive richten.
2. Eine umfassende Weitergabe der Informationen an die Elternschaft sowohl über inhaltliche Aspekte der Qualitätsentwicklung als auch über Aufgaben und Funktionen des SEB sollte erfolgen.
3. Innerhalb des SEB sollte sich eine Arbeitsgruppe zum Thema Qualitätsentwicklung bilden, die breit zusammengesetzt ist.
4. Im SEB sollte man bemüht sein, professionell zu arbeiten und sich auf die Sitzungen gut vorbereiten (...). Ziele sollten vereinbart werden, auf Transparenz, Kontinuität und Verbindlichkeit sollte geachtet werden (...).
5. Eine respektvolle Zusammenarbeit sollte die Basis jeder Elternarbeitsgruppe sein (...).

Diane Bèlisle-Wolf

Gute Schulen bilden – Intention, Selbstverständnis und Arbeit der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen.

Referentin und Referent: Astrid Becker und Friedhelm Zöllner, AQS

Moderator: Reinhold Flemming

Nach der Begrüßung und Vorstellung der AQS Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Astrid Becker, und des Referenten der AQS

Friedhelm Zöllner beantworteten die Eltern Fragen zu ihren Erwartungen an die externe Evaluation von Schulen. (...)

Im Anschluss stellte Herr Zöllner die Arbeit der AQS im einzelnen vor:

1. Qualitätsentwicklung an rheinland-pfälzischen Schulen,
2. Die AQS – Partner für unabhängige Qualitätssicherung,
3. Orientierungsrahmen Schulqualität,
4. Vielfalt der Methoden und Perspektiven,
5. Ablauf der externen Evaluation.

(...)

Reinhold Flemming

Ich und du und wir – Persönlichkeitsentwicklung in der Grundschule

Referentin: Christine Holder, Grundschule Budenheim

Moderator: Joachim Zimmermann, Regionalelternsprecher Koblenz

22 Mütter und Väter setzten sich mit dem Programm „Ich und Du und Wir“ auseinander. (...)

Die Ziele dieses Programms sind die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung im emotionalen und sozialen Bereich. Es soll auch einen Beitrag zur Sucht- und Gewaltprävention und zur Gesundheitserziehung leisten. (...)

Über 100 Interaktionsspiele bringen den Kindern spielerisch die verschiedenen Kompetenzen näher. Im Anschluß an diese Spiele findet immer eine ausgiebige Reflexion statt. Das Programm sollte kontinuierlich über Jahre durchgeführt werden. Es sollten ca. 1-2 Stunden pro Woche und Jahr aufgewendet werden. Die Übungen sollten möglichst

durch die Klassenleiterin oder den Klassenleiter durchgeführt werden, da diese die Kinder am besten kennen. (...)

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass es einen großen Sinn macht, ein solches Programm in der Schule durchzuführen. Jedoch müssen die Eltern vorher entsprechend informiert werden.

Wer Genaueres über das Programm Ich und Du und Wir wissen möchte, kann sich gerne an die Servicestellen des Schulpsychologischen Dienstes wenden.

Joachim Zimmermann

Arbeitswelt und Berufsorientierung in der Ganztagschule

Referent: Frau Hener

Moderator: Mathias Kleine (LEB)

Die Ausbildungsplatzlage hat sich in den letzten 10 Jahren deutlich verändert. 1995 drehte sich die Nachfragesituation um. Seither gibt es mehr Bewerber als Stellen. Parallel hierzu sind die Ansprüche der Ausbildungsbetriebe an die Schulabgänger qualitativ gestiegen. Diese Dynamik erfordert eine deutliche Fokussierung auf den Zustand der Ausbildungsreife. (...)

In der Berufsorientierung sind bereits unterschiedliche und durchaus nachahmenswerte und frei kombinierbare Ansätze im Land vorhanden: Berufswahlsiegel (...), Berufe AG (...), Berufsmesse (...), Praktikumsbörse (...), Informationsbörse (...), Markt der Berufe (...), „Business at school“ (...).

Generell sind Ansätze der Berufsorientierung in vielen Schulen vorhanden. Zur weiteren Verbesserung ist es nun notwendig diese Ansätze zu vernetzen. (...)

Matthias Kleine

Rauchfreie Schule – wo bleibt sie nur?

Vom Bemühen des Bildungsministeriums, nichts tun zu müssen.

Der Wunsch nach rauchfreien Schulen wird von allen Seiten zwar formuliert, von den entscheidenden Kräften im Lande aber nicht so recht wahrgenommen, geschweige denn umgesetzt.

Der LEB hat sich in dieser Frage schon längst eindeutig positioniert und die Notwendigkeit und Zeitgemäßheit rauchfreier Schulen immer wieder in Gesprächen und Verlautbarungen unterstrichen. (siehe u.a. auch Heft 1 / 2005 WIR SIND DER MEINUNG KOMMA DASS...) Die zögerliche Haltung der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin muss mittlerweile als hartnäckig bezeichnet werden.

Wie ist die Lage?

Laut einem Pressebericht in der „Rheinpfalz“ vom 20. September 2006 sind im Moment ca. 56% der insgesamt rund 1600 staatlichen Schulen rauchfrei; rauchfrei in dem Sinne, dass dort niemand – also weder Schülerschaft noch Lehrerschaft noch Besucher der Schule – rauchen darf.

Um die noch bestehenden Raucherbastionen zu schleifen, was immerhin mehr als 700 Schulen betreffen würde, setzt Frau Ahnen nach wie vor auf „freiwillige Lösungen“, obgleich sich der Misserfolg dieses ministeriellen laissez faire nicht mehr übersehen lässt.

Jetzt soll im laufenden Schuljahr erneut mit einer Vollerhebung in den Schulen ergründet werden, wie weit das Ziel der Rauchfreiheit inzwischen umgesetzt worden sei. Die angepeilte Konsequenz aus den Ergebnissen dieser Vollerhebung lautet wörtlich so: „Im Licht des Ergebnisses wird man dann entscheiden, macht man etwas oder macht man nichts.“

Ganz davon abgesehen, dass es heißen müsste, man entscheidet im Rauchdunst der Ergebnisse, ob man etwas macht oder ob man etwas anderes macht, denn fürs Nichtstun brauchen wir kein Ministerium und keine Regierung, ist es ein Ärgernis, dass nochmals ein Jahr verstreichen soll, um Dinge herauszufinden, die man schon vorher weiß:

- Die in Rede stehenden 700 Schulen werden am Ende des Jahres immer noch nicht rauchfrei sein.
- Passivrauchen wird immer noch gesundheitsschädigend sein.
- Raucher in Schulen werden immer noch sich und andere belästigen, gefährden und schädigen.
- Dem Erlaubtsein des Rauchens in Schulen wird immer noch die total verkehrte Signalwirkung in Richtung der Verharmlosung des Problems anhaften.

In einem aktuellen Schreiben des Bildungsministeriums an alle Schulleitungen im Lande taucht die Behauptung auf, dass rund 80 % aller Schulen im Lande bereits rauchfrei seien oder sich auf dem Weg dorthin befänden. Aus dem Inhalt des Schreibens geht eindeutig hervor, wie im Bildungsministerium „rauchfreie Schule“ definiert ist. Demzufolge ist eine Schule als rauchfrei anzusehen, wenn den Schülern qua Gesetz das Rauchen ohnehin verboten ist. Dies betrifft alle Grundschulen, alle Hauptschulen, alle Regionalen Schulen und alle Realschulen. Alle anderen Schulen verdienen das Prädikat „rauchfrei“ dann, wenn es auch dort den Schülerinnen und Schülern – und nur den Schülerinnen und Schülern – nicht gestattet ist, auf dem Schulgelände zu rauchen. Wenn man die Lehrerschaft unbehelligt weiterpaffen lässt, kommt man natürlich schnell auf die behaupteten 80 % rauchfreier Schulen. Nach Auffassung des Landeselternbeirates ist eine Schule erst dann eine rauchfreie Schule, wenn es grundsätzlich allen Menschen verboten ist, in der Schule und auf dem Schulgelände zu rauchen.

Es ist erstaunlich, dass es Politikerinnen und Politiker gibt, die sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gewisser Expertenmeinungen, Studienergebnisse und wissenschaftlicher Erkenntnisse bedienen, um politische Positionen zu unterfüttern, die sich aber in der Frage der Durchsetzung rauchfreier Schulen so gänzlich unbeeindruckt, geradezu taub verhalten gegenüber all dem, was man heute über das Rauchen weiß und was als wissenschaftlich unstrittig zu gelten hat.

Und dann beginnt man sich schon dafür zu interessieren, welche hemmenden Kräfte denn hier am Werk sind, um zu verhindern, dass eine klare ministerielle Anweisung in den Schulen das Rauchen schlicht und einfach untersagt.

Wesentliche Reformen im Schulwesen wurden glücklicherweise nicht auf der Basis der Freiwilligkeit ins Werk gesetzt. Man stelle sich vor, man hätte es der Freiwilligkeit der Schule anheimgegeben, die Prügelstrafe in Schulen abzuschaffen, oder man hätte es in die Freiwilligkeit der Kirchen gestellt, ihren beherrschenden Einfluss auf Unterricht und Schule zurückzufahren. – Ein sanftes Gruseln befällt einen bei diesen Vorstellungen.

Freiwilligkeit als demokratisches Prinzip ist aller Ehren wert, aber es hat gewiss seinen Ort und seine Zeit. Hinsichtlich des Rauchens ist die Schule für dieses Prinzip der falsche Ort und unsere Gegenwart die falsche Zeit.

Dr. Klaus Neullinger

Liegt Bremen auch in Rheinland-Pfalz?

Jugendämtern sparen in der Jugendhilfe

Die Jugendämter wissen immer öfters von gravierenden sozialen Übelständen in einzelnen Familien, ohne rechtzeitig richtig zu handeln. In entsetzlichen Extremfällen hat dies in letzter Zeit kleine Kinder das Leben gekostet. Bremen war der eklatanteste Fall; Bremen wird nicht der letzte Fall bleiben.

Nicht dem Ausprägungsgrad der Folgen nach, aber ganz sicher in der Tendenz ist auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten, dass die Jugendämter mehr und mehr zu Jugendhilfevermeidungs-Institutionen mutieren. Angeblich ist kein Geld da, und deshalb wollen oder können die Jugendämter ihrer gesetzlich festgeschriebenen Aufgabe, Kindern und Familien in Not zu helfen, viel zu oft nicht mehr entsprechen.

Um es klar zu sagen: Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Jugendämtern trifft kaum eine Schuld an dieser Entwicklung. Es sind die Leitungen der Ämter, es sind die Sozialdezernenten in den großen Städten und es sind die Landräte in den Kreisen, die letztlich Druck auf das sozialpädagogische Personal der Jugendämter ausüben dahingehend, dass so wenig wie möglich Geld ausgegeben wird für Hilfen zur Erziehung, für Unterstützungen nicht ausreichend erziehungsfähiger Familien, für die Sicherung offensichtlich gefährdeter Kindeswohls. Ganz besonders häufig geschieht solches, wenn durch die Schule Hilfe eingefordert wird.

In der Praxis kann das so aussehen:

Ein Kind verwahrlost zusehends. Es schwänzt häufig die Schule. Es streunt an Nachmittagen und Abenden unbeaufsichtigt durch die Stadt. Es zeigt zunehmend oppositionelles Verhalten in der Schule. Wenn es einmal da ist, stört es den Unterricht, gefährdet, beleidigt, verletzt andere Kinder.

Die Schule benachrichtigt die Schulbehörde und das Jugendamt. Die Schulbehörde veranlasst eine Überprüfung des Kindes mit dem Ziel der Feststellung des besonderen Förderbedarfs.

Dem Jugendamt ist die Familie bereits bekannt, es sieht aber keine Veranlassung zum Einschreiten, weil es sich „um ein Problem der Schule“ handelt. Wenn es dann darum geht, dem Kind einen gesicherten Schulbesuch an einer entsprechenden Schule mit geeignetem Förderschwerpunkt zu ermöglichen, wird in manchen konkret benennbaren Jugendämtern abgeblockt bis zum „Geht-nicht-mehr“.

Die direkten und in etlichen Fällen nachweisbaren Folgen sind unter anderem, dass es Kinder in unserem Land gibt, die Monate lang überhaupt keine Schule besuchen, weil das zuständige Jugendamt sich beharrlich weigert, den Schulbesuch durch eine Unterbringung im Heim oder in einer Tagesgrup-

pe zu ermöglichen. Dies geschieht häufig auch dann, wenn die Eltern einer solchen Jugendhilfemaßnahme ausdrücklich zustimmen oder sie sogar vom Jugendamt einfordern.

Solche Fälle sind zuhauf belegt und auch in den Schulaufsichtsbehörden bekannt. Nur: Offiziell darüber zu reden, darauf hinzuweisen, dass in Einzelfällen massiv, wesentlich bis an die Grenze zum Vorsatz das verfasste Recht von Kindern auf einen angemessenen Schulbesuch buchstäblich durch Jugendämter vereitelt wird, das getraut sich natürlich kein Schulaufsichtsbeamter. Vielleicht darf er es auch gar nicht und würde sich Schwierigkeiten innerhalb seiner Behörde einhandeln.

Im Windschatten dieser Verschwiegenheit und im Vertrauen darauf, dass auch auf der politischen Schiene die Jugendämter nicht zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages gezwungen werden, werden die Jugendämter wohl weiterhin alles daran setzen, möglichst wenig Geld in die Jugendhilfe fließen zu lassen.

Und irgend wann wird Bremen nicht nur der Tendenz, sondern auch dem Ausprägungsgrad der Folgen nach in Rheinland-Pfalz liegen.

Dr. Klaus Neullinger

Wo der Schuh drückt Antworten auf häufig gestellte Fragen

Versorgung der Schulen mit Lehrkräften

Im Augenblick bewegt die Elternschaft die Frage nach der Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal. Aufsehen und Unruhe rief die Behauptung des Philologenverbandes hervor, derzeit müssten jede Schulwoche bundesweit ca. 1 Million Unterrichtsstunden ersatzlos ausfallen. Das Fernsehmagazin *FRONTAL 21* griff am 26. September 2006 dieses Ärgernis auf und belegte zumindest die zutreffende Tendenz der Feststellungen des Philologenverbandes anhand Berliner Zustände.

In einer Stellungnahme des Bildungsministeriums Rheinland-Pfalz wurde wieder einmal darauf verwiesen, dass in Rheinland-Pfalz die Schulen durchschnittlich zu 98 Komma irgendwas versorgt seien, und das sei gut so.

Die Beobachtungen der Elternschaft legen indessen etwas ganz Anderes nahe: Auch in unserem Land fällt viel zu viel Unterricht aus.

Die Eltern fragen sich, wie es zu solchem Widerspruch kommen kann. Der Widerspruch ist leicht zu erklären: Das Ministerium führt immer den sogenannten strukturellen Mangel von nur 1 bis 2 Prozent ins Feld, was recht wenig erscheint. Der strukturelle Mangel ist das, was das Bildungsministerium von vorne herein zu wenig an Lehrerstunden vorsieht, also ein geplanter Unterrichtsausfall aus organisatorischen und/oder finanziellen Gründen.

Der sogenannte temporäre Unterrichtsausfall ist jedoch um ein Vielfaches höher und wird – je nach Herkunft der Information – in einem Bereich von 10 bis 15 Prozent liegend behauptet.

In der Realität interessiert die Elternschaft natürlich nicht, wie wenig Unterricht statistisch von vorne herein, also strukturell begründet, ausfallen wird, sondern die Eltern interessiert, wie viel Unterricht aufgrund zeitlich begrenzter Ereignisse, also temporär, tatsächlich verloren geht, ohne Ersatz zu finden. Diese zeitlich begrenzten Unterrichtsausfälle können verursacht sein durch

- Tod, Krankheit oder Kuraufenthalte von Lehrkräften
- Schwangerschaften und damit verbundene Ausfallzeiten von Lehrerinnen
- Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte
- Begleitung von Studienfahrten und Klassenfahrten durch Lehrkräfte
- Interne Studientage ganzer Lehrerkollegien.

Da jeder Ministerialbeamte und jede Bildungs- und Schulministerin natürlich genau weiß, dass die temporären Unterrichtsausfälle unvermeidlich sind, dass sie mit großer Zuverlässigkeit in jedem Schuljahr eintreten werden, und dass sie einen Umfang von 10 bis 15 Prozent des gesamten zur Verfügung stehenden Lehrerstundenaufkommens ausmachen, darf es als unredlich bezeichnet werden, wenn dauernd mit dem geringen Mangel von 1 – 2 Prozent des strukturellen Unterrichtsausfalls argumentiert wird.

Unser Bundespräsident hat die Mängel des in Deutschland bestehenden Bildungssystems gegeißelt. Horst Köhler hat die Vokabel „beschämend“ gewählt, um deutlich zu machen, dass es grundlegender Verbesserungen – auch durch Einsatz höherer finanzieller Mittel – dringend bedarf.

Auf die Schulwirklichkeit bezogen heißt dies, dass statt eines strukturellen Mangels von 1 – 2 Prozent ein struktureller Überhang von ca. 10 Prozent vorgesehen werden müsste, um übers Jahr einigermaßen zu gewährleisten, dass Unterrichtsausfälle weitestgehend vermieden würden. – Aber darauf werden wir wohl vergeblich warten.

Dr. Klaus Neulinger

Schullaufbahnentscheidung

Jedes Jahr um diese Zeit wird in den Familien mit Kindern im vierten Schuljahr die Frage wichtig, wie es denn nach der Grundschule weitergehen soll. Es ist durchaus nicht so, dass die Eltern (und die Kinder!) sich in der Wahl der zukünftigen Schule und der zu wählenden Schulart so völlig sicher sind.

Die Grundschulempfehlungen sind in ihrer Richtungsvorgabe nicht unumstritten. Es gibt Politiker und Schulpädagogen, die den Grundschulempfehlungen eine größere Verbindlichkeit zuordnen wollen; es gibt aber andere Gruppen, und der Landeselternbeirat gehört dazu, die die Grundschulempfehlung wirklich nur als Empfehlung bestehen lassen wollen. Schließlich soll es das unbeschnittene Recht der Eltern bleiben, die weitere Schullaufbahn für ihr Kind zu bestimmen.

In der Mehrheit aller Fälle wird die Grundschulempfehlung zwar angemessen und zutreffend sein, dennoch weiß man, dass auch die Lehrkräfte sich in ihrer Prognose vertun können.

Auf dem letzten Landeselternabend wurde ein Workshop angeboten mit dem Thema „Wohin nach der Grundschule? – Kriterien für die beste Schulwahl“. Unter anderem wurde dort ein „Einschätzungsbogen für Eltern von Kindern im dritten und vierten Schuljahr“ vorgestellt, der es den Eltern ermöglicht (natürlich nur bei gewissenhafter und möglichst objektiver Bearbeitung), die Wahl der weiteren Schullaufbahn des Kindes an ganz bestimmten Kriterien festzumachen. Der Königsweg wäre, und darauf wurden die Teilnehmer des Workshops ausdrücklich hingewiesen, den ausgefüllten Einschätzungsbogen zusammen mit der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter des Kindes in Ruhe durchzugehen und eingehend zu besprechen. – Wenn dies geschieht, kann es eigentlich gar nicht mehr zu Divergenzen zwischen der Grundschulempfehlung und der elterlichen Schullaufbahn-Entscheidung kommen.

Interessierte Eltern wie Grundschullehrkräfte können den Einschätzungsbogen kostenlos bei der Geschäftsstelle des LEB anfordern.

Dr. Klaus Neulinger

Legasthenie ist eine Behinderung

Das Störungsbild der Legasthenie wurde von der Rechtsprechung in mehreren Verfahren zum Prüfungsrecht als Behinderung anerkannt. Diese Rechtsprechung war für den Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie e. V. (BVL) Anlass, rechtsgutachterlich prüfen zu lassen, welche Rechte Schüler und Schülerinnen mit Legasthenie, unabhängig vom Einzelfall, aus dem Grundgesetz haben.

Das Gutachten zeigt auf, dass es sich bei der Legasthenie um eine Behinderung handelt und die betroffenen Schüler und Schülerinnen aus mehreren Grundrechten den Anspruch auf Berücksichtigung dieser Behinderung in der Schule und in den Prüfungsverfahren haben. Das Gutachten und die Rechtsprechung verdeutlichen, dass in Deutschland ein erheblicher Handlungsbedarf besteht, den betroffenen Schülerinnen und Schülern Chancengleichheit zu gewähren und sie nicht weiter zu diskriminieren. Zu diesem Thema gibt es das Sonderheft „Chancengleichheit herstellen. Diskriminierung vermeiden“. Es fasst das Gutachten, die aktuelle Rechtsprechung und die sich daraus ergebenden Positionen und Forderungen des BVL zusammen. Zu bestellen oder herunterzuladen bei:

Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie e. V., Postfach 1107, 30011 Hannover

Tel: 0700/31 87 38 11 (Beratungstelefon), Tel: 0700/31 87 11 11 (Verwaltung)

Fax: 0700/ 31 87 39 11, Email: info@bvl-legasthenie.de, <http://www.bvl-legasthenie.de>

PISA 2003 I

Zu viele Schüler lernen zu wenig

Schülerinnen und Schüler werden vom elterlichen Interesse an ihren schulischen Leistungen motiviert. Es ist unsere vordringliche Aufgabe unseren Kindern dieses Interesse zu zeigen – unterstützend und verständnisvoll.

Den Untersuchungsergebnissen der PISA – Studie aus 2003 wurde ein erweiternder, interessanter Aspekt hinzugefügt: die Messung von Kompetenzzuwächsen der Schülerinnen und Schüler zu zwei unterschiedlichen Messzeitpunkten: am Ende der Jahrgangsstufen 9 und am Ende der Jahrgangsstufe 10. Beschrieben werden die Kompetenzveränderungen im Fach Mathematik sowie im naturwissenschaftlichen Bereich.

Die Längsschnittstudie geht dabei zwei Fragestellungen nach:

- Wie verändern sich die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im Verlauf des 10. Schuljahres und
- Welchen Einfluss haben Elternhaus, Unterricht und Schule auf den Schülererfolg?

Der Befund beschreibt die Ergebnisse wie folgt:

- 60% der Schülerinnen und Schüler konnten ihre mathematischen Kompetenzen steigern aber der große Rest stagnierte oder verschlechterte sich in einem Schuljahr. Dies gilt sowohl für den Testbereich „Mathematik in der Schule“ wie für den Testbereich „Mathematik für das Leben“. Erschreckend ist, dass sowohl gute wie auch schwache Mathematikschüler in diesem Jahr keinen Lernzuwachs erkennen lassen.
- Noch deutlicher sind die Aussagen für den naturwissenschaftlichen Bereich. Hier konnten nur 44% der Schülerinnen und Schüler ihre Leistung steigern, dies jedoch deutlich. Erschreckende 19% der Testergebnisse fallen am Ende von Schuljahr 10 schlechter aus, als im 9. Schuljahr. Insgesamt gesehen stagnieren oder verschlechtern sich mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler. Auch auf Schulebene zeigen sich deutliche Schwächen: in mehr als 20% der Schulen hatten die Schülerinnen und Schüler keinen Lernzuwachs.
- Wie bei der ersten PISA – Messung 2003, profitieren die Jungen mehr vom naturwissenschaftlichen Unterricht. Ihre deutlich besseren Testergebnisse im Bereich Mathematik werden auch durch ihr positiveres Selbstkonzept beeinflusst. Ver-

einfach gesagt: Mädchen haben mehr Angst vor Mathe und deshalb weniger Interesse am Fach, weswegen sie im Test schlechter abschneiden. Die Schulnoten sprechen jedoch eine andere Sprache. Sie erhalten im Durchschnitt die gleichen Zensuren wie die Jungen.

- Vorkenntnisse bei der Nutzung von Computern bringen den Jugendlichen keinen Vorsprung bei den mathematischen Kompetenzen.
- Vor allem in Deutschland beeinflusst die soziale Herkunft entscheidend den schulischen Erfolg. Dieser Befund wird auch bei den Ergebnissen von PISA – 2003 I deutlich. Für die Steigerung der mathematischen Kompetenzen zeigt der vertiefende Blick auf das häusliche Lernumfeld der Schülerinnen und Schüler, dass die „schulische Unterstützung“ durch die Eltern für den individuellen Lernerfolg der Kinder von großer Bedeutung ist. Gleichgültig welchem sozialen Hintergrund die Familien haben.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund steigern ihre mathematischen Kompetenzen im betrachteten Schuljahr genauso, wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Sie steigern ihre Leistungen im naturwissenschaftlichen Bereich jedoch deutlich stärker, im Vergleich zu ihren Altersgenossen. Auch hier erweist sich die Zweisprachigkeit als günstige Bedingung. (Diese Ergebnisse ähneln denen der DESI-Studie.)
- Der wichtigste Lernort für den Erwerb mathematischer Kompetenzen ist der Unterricht. „Genau dort hat sich aber seit der TIMSS-Video-Studie vor 10 Jahren kaum etwas verändert, so die Ergebnisse von PISA – 2003 - I. Positiv formuliert heißt das „(...) ein kognitiv anregender und effektiv strukturierter Unterricht und die Anpassung des Unterrichts an das Leistungsniveau... der Schülerinnen und Schüler, unterstützt deren Kompetenzentwicklung.“
- Es überrascht nicht, dass die Zusammensetzung der Lehrerschaft an Schulen einen wesentlichen Einfluss auf den Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler hat. „Aktive“ Lehrkräfte kooperieren stark mit Kolleginnen und Kollegen und evaluieren ihr eigenes, schulisches Han-

WAS ICH NOCH ZU SAGEN HÄTTE....

Leserinnen und Leser haben das Wort!

Zum Thema „Gewählt was nun?“ erreichte uns folgende Zuschrift:

Auf S. 7/8 „Gewählt – was nun?“ sind die dort zusammengefassten (insgesamt sehr nützlichen) Informationen noch nicht an die seit Oktober 2005 gültigen Regelungen angepasst. So können bspw. jetzt Stellvertreter und Klassenelternsprecher auch in einem Wahlgang gewählt werden. Eine Aktualisierung scheint mir sinnvoll.

Richard Moser, Schulleiter

Anmerkung der Redaktion:

Uns auch. Danke für den Hinweis!

Zum Thema später Erhalt der Elternzeitung erreichte uns folgende Zuschrift:

Ich bin nun seit 3 Jahren Klassenelternsprecherin und erhalte regelmäßig die „Landeselternbeiratszeitschrift“, die sehr informativ ist. Doch leider hatte ich bis jetzt noch nie die Möglichkeit, an einer Elternfortbildung teilzunehmen. Wieso? Die Zeitung kommt meist viel zu kurzfristig, einen Tag vor der Veranstaltung oder gar so spät, dass die Termine schon verstrichen sind. Auf Nachfrage in der Schule wurde uns gesagt, dass man die Elternzeitung sofort nach Erhalt weiterleite. Diese Information möchte ich Ihnen gerne einmal weitergeben. Ihnen und Ihrem Team möchte ich für Ihre gute Arbeit danken und auch für die Zukunft alles Gute wünschen.

Uta Stumm

Anmerkung der Redaktion:

Vielen Dank für Ihre Zuschrift. Sie war für uns ein Anlass, uns einmal mit dem Weg von der Druckerei bis zu den Schulen zu beschäftigen. Aus der Druckerei gehen die an die Schule adressierten Umschläge an die Außenstellen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die sie entweder direkt auf dem Postweg oder aber über die Stadtverwaltungen weiterleiten. Dies könne im ungünstigsten Fall 3-4 Wochen in Anspruch nehmen, so die Poststelle der ADD Neustadt. Wir werden versuchen, dies zu optimieren. Im Übrigen empfehlen wir den Schulelternsprecherinnen und den Schulelternsprechern in den Schulsekretariaten die Weiterleitung in der Schule zu vereinbaren: Wer soll ein Heft auf welchem Weg bekommen. Dann wird in den Schulen nicht auch noch Zeit verloren. Unser Tipp: Sehen Sie doch 2-3 Wochen vor den jeweiligen Ferien einmal auf unserer Homepage nach. Dort können Sie die Elternzeitung herunterladen, noch bevor sie gedruckt ist, und alle Termine rechtzeitig erfahren.

Das Prinzip „Rückmeldungen“ im Schulwesen

Die Kultur von „Rückmeldungen“ (auf „Neu-Deutsch“ gerne auch „Feedback“ genannt) ist in unserer deutschen Gesellschaft im allgemeinen und in unserem Schulwesen im besonderen vergleichsweise unterentwickelt. Dieser Mangel wird häufig hervorgerufen durch Desinteresse, Hemmschwellen, falsch verstandene Diplomatie bzw. Zurückhaltung oder auch einfach nur durch allgemeine Ängste.

Rückmeldung ist jedoch ein sehr wirkungsvolles Instrument, dessen konsequente und ehrliche Anwendung nur Gewinner kennt. Es übertrifft die Wirksamkeit zusätzlicher Verordnungen, Richtlinien oder Dienstabweisungen bei weitem.

Genauso wie sich in Politik und Wirtschaft aufgrund unterlassener oder ständig „diplomatisch-unaufrichtiger“ Rückmeldungen fehlgeleitete Führungspersönlichkeiten entwickeln, so sind auch Lehrer, Schulleiter und Eltern häufig aufgrund mangelnder ehrlicher Rückmeldungen derart isoliert, dass Realitäten nicht mehr verlässlich wahrgenommen werden.

Bestes Gegenmittel hierzu ist eine von menschlicher Integrität getragene Kultur der Offenheit. Der mit Geduld angestrebte Aufbau einer bis dato unterentwickelten „Rückmelde-Kultur“ klappt mit etwas Fingerspitzengefühl fast immer, vor allem wenn es deutlich wird, dass das Gesagte ehrlich und wohlmeinend ist und nicht zum Ziel hat, jemanden durch Ton oder Inhalt bewusst schädigen zu wollen.

Rückmeldungen können systematisiert sein (z.B. anonyme Fragebogen), meistens ist jedoch das direkte persönliche Gespräch der wirksamere Weg. Wichtig ist dabei zunächst der Aufbau von Vertrauen, so dass das gesprochene Wort auch akzeptiert wird.

Bei einem **Eltern-Lehrer-Gespräch**, in dem es um kritikwürdige Dinge geht, ist es nicht falsch damit zu beginnen, dass man anfangs zunächst auf eigene Fehler zu sprechen kommt (Motto: „Bevor Du Dein Kind bestrafst, frag Dich, ob Du als Eltern nicht selbst die Ursache für dieses Fehlverhalten warst“). Oder beginnen Sie mit der lachenden Erwähnung eigener früherer schwacher Schulleistungen. Diese Selbstherabsetzung signalisiert Bescheidenheit, es entspannt die Atmosphäre (auf jeden Fall besser als grimme Gesichter) und ist ein erster Schritt zum Aufbau eines Vertrauensvorschlusses.

Ebenso gilt der Grundsatz: Konstruktive Kritik am besten nur unter 4 Augen !

Häufig wird übersehen, dass die Kommunikation mit dem Gegenüber nicht nur verbal abläuft. Auch die Körpersprache (Grinsen, zorniges Gesicht, Arroganz, genervtes Augenrollen, Herablassung, entspannte Haltung, freundlicher Ausdruck) sendet starke Signale, deren Lautstärke so groß sein kann, dass das gesprochene Wort manchmal übertönt wird.

Wer glaubt, Rückmeldung bezieht sich automatisch immer nur auf kritikwürdiges Verhalten einer anderen Person, der irrt gewaltig.

Mindestens ebenso wichtig ist das Rückmeldungs-Prinzip: „Lob, wem Lob gebührt“, - am wirkungsvollsten gewährt in Gegenwart anderer Menschen.

Da rackert sich ein Lehrer mit großem Engagement ab, unternimmt sogar am Wochenende Kunst-Exkurse mit seinen Schülern und gibt sich immense Mühe, bei seinen Schülern Verbesserungen zu bewirken. Die Schüler sind begeistert von ihm und würden für ihn durchs Feuer gehen.

... und wir Eltern nehmen das schweigend als „Selbstverständlichkeit“ zur Kenntnis und würdigen diesen Lehrer mit keinerlei Reaktion. In meinen Augen ist das eine Sonderform von Frechheit und Unverschämtheit.

In allen Organisationen gilt die Erkenntnis: Gute Eigenschaften verschwinden leicht, wenn sie nicht gelegentlich mit Aufmerksamkeit und Lob honoriert werden !

Ich schätze, dass vermutlich mehr als 95% sämtlicher Eltern-Lehrer-Kontakte durch korrekturbedürftige Fehlleistungen des Einzel-Schülers verursacht sind. Es geht also um „Negativ-Themen“. Ist es ein Wunder, wenn folglich manche Lehrer die Eltern als „Feindbild“ sehen, dem möglichst aus dem Wege zu gehen ist ?

Der frühere Kunstlehrer einer meiner Söhne ist außerordentlich stark engagiert. Die Schüler lieben ihn. Und als er einmal meinem Sohn ausnahmsweise eine etwas schlechtere Note gab (die dieser für seine nicht ganz so gut gelungene Arbeit auch so verdient hatte), machte er sich die Mühe ausführlich mit einem Schriftsatz von einer dreiviertel Seite diese Benotung fair zu begründen und machte zugleich viele hilfreiche Vorschläge, wie mein Sohn seine Leistung verbessern könnte.



Michael Esser

Ich war beeindruckt.

Ich schrieb diesem Lehrer spontan einen Brief, in dem ich ihm für seine Hilfestellung für meinen Sohn, sowie für seine langjährige erstklassige Lehrerleistung sehr herzlich danke.

Seine Antwort auf meinen Brief wird den Leser dieses Artikels betroffen machen:

„Lieber Herr Esser, ob Sie es glauben oder nicht, dies ist das erste mal in meinen 20 Berufsjahren, dass ich von Seiten der Eltern ein besonderes Lob für meine Leistungen bekommen habe!“

Liebe Eltern,

Vorenthaltung von Rückmeldung, egal ob positiv oder negativ, ist ein Akt der Lieblosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber unseren Mitmenschen, und reduziert im schulischen Zusammenhang die Entwicklungsmöglichkeiten von Lehrern, von unseren Kindern und von uns selbst.

Wie schrieb Ende der 1960-er Jahre der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der USA, Senator Fulbright in seinem Buch „Die Arroganz der Macht“:

„Kritik am eigenen Vaterland ist ein Akt des Patriotismus, wenn uns daran liegt, dass es ein noch besseres Land wird.“

Michael Esser

geändert:

Schulordnung und Schulwahlordnung

In der Amtszeit des 13. Landeselternbeirats, also seit September 2004 wurden bisher insgesamt 35 Vorlagen für Änderungen oder Neufassungen von Gesetzen und Vorschriften bearbeitet. Einige davon haben direkte Auswirkungen auf Elternrechte. Wir können davon ausgehen, dass die meisten Schulleitungen, die über diese Änderungen und Neufassungen durch das monatlich erscheinende Amtsblatt informiert werden, diese Informationen an die Eltern bzw. Elternvertretungen Ihrer Schule weitergeben. Dennoch gehört es zu unserem Selbstverständnis, auch in der Elternzeitung darüber zu berichten.

Seit Oktober 2005 gelten eine neue Schulwahlordnung, seit November 2005 neue Richtlinien für Schulfahrten, seit Mai 2006 die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, seit Juni 2006 die geänderte Schulordnung für die öffentlichen Hauptschulen, Regionalen Schulen, Dualen Oberschulen, Realschulen, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Kollegs und Abendgymnasien (Übergreifende Schulordnung), seit August 2006 gelten die geänderten Schulordnungen der öffentlichen Grundschulen und der öffentlichen Sonderschulen.

Die wesentlichen Änderungen in der Schulwahlordnung:

1. In berufsbildenden Schulen können schon bei der ersten Einladung zur Wahl mehrere oder alle Klassenelternversammlungen eines Fachbereichs zur Wahl einer Klassenelternsprecherin oder eines Klassenelternsprechers zusammengefasst werden (§ 5).
2. Bei der Wahl der Klassenelternsprecherin oder des Klassenelternsprechers sowie der Stellvertreterin oder des Stellvertreters wird der Klassenelternversammlung nun die Möglichkeit eingeräumt, sich gegen getrennte Wahlgänge, also für einen Wahlgang zu entscheiden. Diese Möglichkeit soll die Wahl in den Fällen erleichtern, in denen Eltern von vorneherein akzeptieren, dass sie entweder als Elternsprecherin oder als Elternsprecher oder aber bei nicht ausreichender Stimmzahl als Stellvertreterin oder als Stellvertreter gewählt werden. Die Grundaussage, dass in getrennten Wahlgängen gewählt wird, bleibt aber bestehen (§.6 Abs. 2).
3. Die bisherige Regelung, wonach Elternvertreterinnen oder Elternvertreter auf allen Ebenen (Klassenelternvertretung, Schulelternbeirat, Regionalemternbeirat, Landeselternbeirat) aus dem Amt ausscheiden, wenn ihre Kinder vor Ablauf einer bestimmten Frist der Amtszeit volljährig werden, wurde ersatzlos gestrichen. Durch die neue Regelung ist die Kontinuität der Amtsführung besser gewährleistet.
4. Bei den Wahlen für die überregionalen Elterngremien wurde der Regelung im Schulgesetz (§ 44 Abs. 4 Nr. 1) Rechnung getragen, mit dem die Vorwahlen für die Hauptschule abgeschafft wurden. Danach besteht die Wahlversammlung für jeden Wahlbezirk jeweils aus den Wahlvertreterinnen und Wahlvertretern der öffentlichen Grundschulen sowie den Schulelternsprecherinnen und den Schulelternsprechern der öffentlichen Hauptschulen, Realschulen, Regionalen Schulen, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Berufsbildenden Schulen, Förderschulen und staatl. genehmigten und anerkannten Schulen in freier Trägerschaft.

In Teil 2 wurden die Bestimmungen über die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler neu in die Schulwahlordnung aufgenommen.

Die Verwaltungsvorschrift

„Richtlinien für Schulfahrten“

wurde in der Neufassung insgesamt gestrafft. Neu aufgenommen wurden Ziele wie die Förderung von Hilfsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und Konfliktlösungsstrategien.

Die Schulen stellen Grundsätze für die Durchführung von Schulfahrten auf, denen der Schulelternbeirat laut Schulgesetz § 40 Abs. 6 Nr. 5 zustimmen muss.

Die Eltern der betroffenen Kinder sind rechtzeitig – bei mehrtägigen Veranstaltungen in der Regel auf einer Klassenelternversammlung – über geplante Schulfahrten und deren Kosten zu unterrichten. Die Klassenelternversammlung kann über die Durchführung der Klassen- oder Studienfahrt abstimmen. Das Einverständnis der Eltern mit der Teilnahme des Kindes an mehrtägigen Veranstaltungen ist vor deren Beginn schriftlich einzuholen. Nehmen Schülerinnen oder Schüler an einer Schulfahrt nicht teil, so besuchen sie in dieser Zeit den Unterricht einer anderen Klasse oder eine andere schulische Veranstaltung.



Die amtliche Regelung der deutschen Rechtschreibung

in der Fassung von 2006 gilt mit Beginn des Schuljahres 2006/2007. Bis zum Juli 2007 werden Schreibweisen, die durch die Amtliche Regelung (Stand 2006) überholt sind, nicht als Fehler markiert oder bewertet. Schulbücher können weiter benutzt werden. Sie werden im üblichen Erneuerungsturnus ausgetauscht.

Die wesentlichen Änderungen der Übergreifenden Schulordnung:

Sie wurde an die Schulgesetznovelle von April 2004 angepasst. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung wurden aufgenommen wie, das Recht auf individuelle Förderung (§ 2), der integrativen Unterricht in Schwerpunktschulen (§ 42), die Parallelarbeiten (§ 47), die Förderung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache (§ 41) und das Erstellen schuleigener Arbeitspläne (§ 44). Ferner wurden Regelungen aufgenommen über die Projektklassen zur Begabtenförderung an Gymnasien – BEGYS – (§ 30a und b), das Aufnahmeverfahren an Schulen mit besonderer Prägung (§ 12a), das Überspringen der Eingangsphase am Abendgymnasium und am Kolleg (§ 68a), die Ganztagschule in Angebotsform (§ 43) und die Zeugnisausgabe (§ 53 Abs. 5 und 6).

Fortsetzung auf Seite 14

deln. „Disziplinorientierte“ Lehrkräfte nutzen die Lernzeit effektiv und sichern ein leistungsbezogenes Lernklima. „Passive“ Lehrpersonen nutzen ihre Handlungsspielräume nicht. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass aktive und disziplinorientierte Lehrkräfte zur Leistungssteigerung der Schülerinnen und Schüler beitragen.

Wir betreiben keine „Lehrerschelte“, wenn wir die Ergebnisse der Studie zur Kenntnis nehmen, reflektieren und Konsequenzen daraus fordern. Wir stellen fest, dass die notwendigen Konsequenzen schon seit 10 Jahren bekannt sind und zu wenig Eingang in den Schulalltag gefunden haben.

Am wirksamsten sind Veränderungen, die nicht von oben verordnet werden müssen, sondern in der Verantwortung jedes Einzelnen stehen. Jede Lehrkraft, jede Fachschaft Mathematik/Naturwissenschaften hat es in der Hand, ihre Unterrichtskonzepte zu überprüfen und kooperativ weiterzuentwickeln. Schulen können mit Hilfe der internen Evaluation den Blick auf diese Fächer richten. Anlass dafür gibt es mindestens seit der Einführung der Bildungsstandards.

Es wird den Schülerinnen und Schülern wenig nutzen, wenn die einzige Reaktion der Lehrerverbände ist, die Verantwortung von sich zu weisen und reflexartig bessere Rahmenbedingungen zu fordern. Sämtliche bisher vorgelegten Studien haben gezeigt, dass alle Verantwortlichen – Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie die verantwortlichen Politiker – handeln müssen. Wir haben bereits Jahre ungenutzt verstreichen lassen.

Die Konzepte für erfolgreichen Mathematik- bzw. naturwissenschaftlichen Unterricht gibt es bereits, erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer machen es vor. Wir kennen die Bedingungen für guten Unterricht. Jetzt muss er auch flächendeckend in die Schulen kommen.

Gabriele Weindel-Güdemann

Wie viel Mama braucht das Kind?

Anmerkungen zu Eva Hermans Meinung zu Früherziehung und Mutterrolle

Donnerwetter! Mehr Beachtung hätte sich Eva Herman schwerlich wünschen können, als ihr nun die Öffentlichkeit schon seit Wochen zollt.

Um es vorweg zu sagen: Im Allgemeinen schätze ich Persönlichkeiten sehr, die gegen den Strom schwimmen.

Aber bei allem was Recht ist! Frau Herman ist nicht gegen den Strom geschwommen. Nein! Sie hat den tollkühnen Versuch unternommen, den Emanzen-Emma-Schwarzer-Gedächtnis-Niagara-Wasserfall von unten nach oben zu bezwingen. Und das ohne jede Fischleiter biologischer, soziologischer, psychologischer oder pädagogischer Wissenschaftlichkeit im Kreuz. Einfach so aus dem Bauch heraus hat sie mitgeteilt, was sie von der modernen Familie, von der heutigen Mutterrolle hält, wie sie sich gelingende Früherziehung vorstellt und was „frau“ gegen den Zerfall der Familie zu tun habe.

Die solches tut, darf sich nicht wundern, wenn sie von den herabstürzenden Fluten aus Gischt und Geifer nahezu erschlagen und ersäuft wird.

Der Anti-Herman-Tsunami wird sich wieder legen, und dann wird vielleicht auch wieder die Nachdenklichkeit ihren Platz einnehmen, die Nachdenklichkeit darüber, ob es nicht Räume in Eva Hermans Gedankengebäude gibt, die man eigentlich ganz gerne wieder bewohnbar machen würde. Welche Räume dies sein könnten, mag jeder für sich selbst bestimmen. – Ich für meinen Teil würde die Suite ERSTES LEBENSJAHR am liebsten zur uneinnehmbaren Festung ausgestalten gegen jene, die der Meinung sind, man könne die Betreuung und seelische Versorgung der Kleinkinder schon nach wenigen Lebenswochen an jede x-beliebige Tagesmutter, an die zufällig im Ort wohnende Oma oder an die nächstgelegene Kinderkrippe delegieren.

Die psychoanalytischen Erkenntnisse und die überzeugend dargelegten, wissenschaftlich fundierten Grundtatsachen der „Psychologie des ersten Lebensjahres“, wie sie von Anna Freud, insbesondere aber von René Spitz mitgeteilt wurden, sind auch heute noch unwiderlegt. Das erste Lebensjahr eines Kindes hat grundlegende Bedeutung für seine spätere soziale, emotionale und intel-

lektuelle Entwicklung, und die intensive Mutter-Kind-Beziehung in diesem ersten Lebensjahr kann in ihrer Unverzichtbarkeit überhaupt nicht überschätzt werden. Es ist nicht zur Disposition zu stellen, dass die leibliche Mutter zumindest während des ganzen ersten Lebensjahres ihres Kindes sich diesem mit all ihrer Zeit, all ihrer Kraft und all ihrer Liebe ungeteilt widmet. – So einfach ist das.

Wie einfach es ist, gegen Herman zu polemisieren, und wie dies doch gelegentlich nicht ohne das Risiko bleibt, sich zu blamieren, wurde unlängst in einer Radiosendung deutlich. Der Moderator der Sendung ließ durch die Diktion seiner – zum Glück meist impliziten – Äußerungen durchaus erkennen, was er von Eva Hermans Versuch hielt, das familiensoziologische Rad wieder zurückzudrehen; nämlich gar nichts. Er startete in seiner Sendung eine Telefonumfrage, wohl um sich in seiner ablehnenden Meinung bestärken zu lassen. So lange die Umfrage lief, interviewte er eine ausgewiesene Wissenschaftlerin (eine Entwicklungsbiologin) einer Universität zu Eva Hermans Sichtweisen.

Zur Überraschung der Hörer ließ diese Gesprächsteilnehmerin allerdings eine wohlthuende Zurückhaltung und „Nachdenklichkeit“ spürbar werden und erteilte die offensichtlich erwarteten Antworten eben nicht. Vielmehr zeichnete sie ein sehr differenziertes Bild von den notwendigen Entwicklungsvoraussetzungen im Kleinkindalter, die Eva Herman mindestens so sehr entgegenkamen, wie sie deren Vorstellungen widersprachen.

Dann aber kam der Abschuss: Die Telefonumfrage erbrachte als Ergebnis, dass sich 70 Prozent aller Befragten dafür aussprachen, dass die Mütter bis zum dritten Lebensjahr oder noch darüber hinaus zu Hause beim Kind bleiben sollten; nur 30 Prozent sprachen sich dafür aus, dass die Mütter schon rasch nach der Geburt ihrer Kinder wieder der beruflichen Karrierepflege nachgehen können sollten. – Für den Rest seiner Sendung gab sich der Moderator moderater.

Dr. Klaus Neulinger

Tipp zur Elterninformation an Schulen:

Transparenz der Kosten in der Schule

Elterbriefe enthalten viele Informationen, die für uns wichtig sind. Deshalb werden regelmäßig solche Briefe von der Schulleitung herausgegeben. An der Schule, an der ich Elternsprecherin bin, hat der Schulelternbeirat die Möglichkeit, im Elternbrief wichtige Themen zu positionieren. Ein Thema wird in den letzten Jahren immer dringender, die Kosten. Seit zwei Jahren widmet sich der SEB dem Thema in seinen Sitzungen. Herausgekommen ist ein Kostenüberblick, der Eltern unseres Gymnasiums helfen soll, vorausschauend zu planen. Als Anregung für andere Elternbeiräte, die Ihren Eltern einen solchen Service bieten wollen, finden Sie im Folgenden Auszüge aus dem Elternbrief zum Thema Kosten. Die Recherchen haben wir gleichzeitig zum Anlass genommen, für die finanziellen Belastungen von Eltern innerhalb der Schulgemeinschaft zu sensibilisieren. Hier gibt es noch Einiges zu tun.

Liebe Eltern, liebe Lehrerinnen und Lehrer,

der Schulelternbeirat hat eine Übersicht der Schulbücher zum Neupreis für die Sekundarstufe 1 und 2 sowie die Fahrtenkosten, die über die Jahre entstehen können, erarbeitet. Wir bitten alle Eltern vorausschauend zu planen, also auch rechtzeitig Rücklagen für anstehende größere Ausgaben zu bilden. Sollten trotzdem finanzielle Engpässe entstehen, sprechen Sie den Förderverein unserer Schule an, der in solchen Fällen satzungsgemäß immer wieder einspringt. Informieren Sie sich frühzeitig über die jährlich durchgeführten Schulbuchbasare.

Bitte beachten Sie, dass in der Kostenübersicht alle sonst noch anfallenden Anschaffungen wie z. B. Zeichenblöcke, Buntstifte, Füller, Patronen, Hefte, Ordner u. ä. nicht enthalten sind. Fahrschülerinnen und -schü-

ler benötigen z. B. ein MAXX-Ticket, das derzeit mit 342,- €/Jahr zu Buche schlägt. Auch die Kosten für Wandertage, die zwei Mal im Jahr durchgeführt werden, fehlen. Aus diesem Grund bitten wir alle Entscheidungsträger, ob in der Schule oder im Elternhaus, bewusst mit diesen Belastungen für Eltern umzugehen. Thematisieren Sie z. B. am Elternabend frühzeitig die Kosten für Wandertage. Finden Sie pädagogisch sinnvolle Aktivitäten, die nicht zu einem zusätzlichen „großen finanziellen Brocken“ werde.

Auf diesem Wege weisen wir noch einmal darauf hin, wie wichtig Ihr Beitrag zum Förderverein unserer Schule ist. Dank geht an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des Fördervereins, die jedes Jahr Vieles für Schülerinnen und Schüler ermöglichen, was weder die Schule noch manche Eltern leisten können. Zusammen mit der Schulleitung hat der Schulelternbeirat ein wachsames Auge auf die Ausgaben, die Eltern leisten müssen. Dabei bemühen wir uns einen Weg zu gehen, der mit Augenmaß und immer mit Blick auf den „Elterngeldbeutel“ unseren Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten eröffnet, die sie sonst vielleicht nicht haben würden.

Gabriele Weindel-Güdemann, Schulelternbeirat des Friedrich-Magnus-Schwerd Gymnasiums

Leitfaden

Schulfördervereine

Über den Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg kann die Publikation der Robert Bosch Stiftung „Schulfördervereine - Ein Leitfaden aus der Praxis für die Praxis“ kostenlos bestellt werden. Zielgruppe sind kurz vor der Gründung stehende Schulfördervereine sowie neu gegründete Schulfördervereine, die noch keine oder wenige Erfahrungen in der Vereinsarbeit haben.

Ein besonderes Anliegen der Robert Bosch Stiftung ist es, dass dieser Leitfaden bundesweit verbreitet wird. Ziel ist es, dass die Information zum Leitfaden an die Basis, an alle Schulen bzw. Gründungsaktiven in Deutschland und damit in die Praxis gelangt.

Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg (LSFV)

Anne Kreim, Vorsitzende, Kirschenweg 10, 72076 Tübingen

TEL: 07071 / 6878607; FAX: 07071 / 640340

Email: info@lsfv-bw.de - http://www.lsfv-bw.de/

Kostenüberblick für das Schuljahr 2006/07 des Friedrich-Magnus-Schwerd-Gymnasiums:
(Bitte beachten Sie den Hinweis, der die Kostenbasis erklärt!)

Jahrgang	Sek. 1 Bücher	Sek. 1 Fahrten	Sek. 2 Bücher	Sek. 2 Fahrten	Sonst. Kosten ⁵	Sek. 1 Kosten	Sek. 2 Kosten	Kosten Abitur
5	210,-				15,-			
6	80,-				15,-			
7	250,-	200,-			15,-			
8	170,-				15,-			
9	160,-	300,- ²			15,-			
10	150,-	325,-			15,-			
Summe	1.020,-	525,-			90,-	1.635,-		
11			230,- ¹	340,- ³	15,-			
12			230,- ¹	340,- ³	15,-			
				350,- ⁴				
13			230,- ¹		15,-			
Summe			690,-	350,-	45,-		1.085,-	2.720,-

Zeichenerklärung:
 1 = Erfahrungswert (da in der Oberstufe die Bücherauswahl der jeweilige Fachlehrer vornimmt, kann hier nur ein Erfahrungswert angegeben werden)
 2 = geplante, noch nicht realisierte Fahrt zum Schüleraustausch nach Frankreich;
 3 = gilt nur für LK - Sport (Skilandschulaufenthalt);
 4 = Studienfahrt für kompletten Jahrgang 12; Sonderfahrt für 3. FS Spanisch; Sonderfahrt für 3. FS Italienisch;
 5 = sonstige Kosten setzen sich zusammen aus: 5 € - Beitrag zum Papiergeld, zum Kopiergeld und zum EDV - Bestandhaltung/Neuanschaffungen;

Hinweis: Die Zahlen beziehen sich auf die Fahrtenkosten aus SJ 05/06 bzw. SJ 06/07 und die Bücherkosten aus dem Schuljahr 2004/05 des FMSC. Die Bücherkosten sind auf die Zehnerstelle aufgerundete Annäherungswerte. Die aktuellen Schulbuchpreise erfahren Sie z. B. durch die Schulbuchlisten, die die Buchhändler ins Internet stellen. Bei den Fahrtkosten wurden immer die Maximalwerte der Kosten angenommen, die entstehen können (Taschengeld nicht eingerechnet). Bitte beachten Sie, dass die kursiv gedruckten Zahlen an bestimmte Voraussetzungen gebunden sind, z. B. ob ihr Kind den LK - Sport besucht oder eine 3. Fremdsprache erlernt. Nur wenn Ihr Kind diese Voraussetzungen erfüllt, addieren Sie die entsprechend gekennzeichneten Zahlen.

Für Eltern und Elternvertretungen besonders beachtenswert:

1. Die tägliche Unterrichts- und Pausenzeit wurde flexibilisiert. Sie wird im Einvernehmen mit dem Schulelternbeirat und im Benehmen mit dem Träger der Schülerbeförderung festgelegt. Das Unterrichtsende vor Beginn der Ferien und am Tag der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse nach der vierten Stunde wurde in eine Kann-Bestimmung verwandelt (§ 32 Abs. 1).
2. Bei Schulausschlussverfahren wird ein Kriseninterventionsmanagement verankert (§ 86a).
3. § 8 wurde durch den Anspruch der Eltern auf Auskunft über die ihr Kind betreffenden Daten und Stellen, an die die Daten übermittelt worden sind, ergänzt. Ausgenommen von diesem Einseh- und Auskunftsrecht sind pädagogische Notizen der Lehrer und den täglichen Unterrichtsbetrieb begleitende Notizen.
4. Die Eltern wurden verpflichtet, die Schule unverzüglich zu benachrichtigen, wenn ihr Kind an der Teilnahme am Unterricht verhindert ist (§ 35).
5. Die Belange von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Lernstörungen können analog zu den Belangen von behinderten Schülerinnen und Schülern berücksichtigt werden (§ 45 Abs. 4).

Die Änderungen Schulordnungen der öffentlichen Grundschulen und der öffentlichen Sonderschulen berücksichtigen lediglich die Verpflichtung zur Feststellung des Sprachförderbedarfs aus dem Landesgesetz zur frühen Förderung, Zuständigkeit, Verfahren und Zeitpunkt der Feststellung des Sprachförderbedarfs wurden geregelt. Der Zeitpunkt der Anmeldung der schulpflichtigen Kinder wurde auf die dritte oder vierte Schulwoche nach den Sommerferien vorverlegt. Die Anmeldung der nicht schulpflichtigen Kinder erfolgt in der zweiten Februarhälfte. **Selbstverständlich finden Sie alle Texte auf der Homepage des LEB zum Download.**

Marie-Charlotte-Opper-Scholz

Girls'Planet - Online-Spiel zum Girls'Day

Mit dem neuen Online-Spiel Girls' Planet können Mädchen jetzt die Welt der technischen und naturwissenschaftlichen Berufe entdecken.

Die Reise auf Girls'Planet führt durch sechs Berufsbereiche, die es spielerisch zu erkunden gilt. Zu jedem Beruf gibt es spannende Infos, tolle Spiele und ein Quiz, in dem das erworbene Wissen getestet werden kann. Der besondere Clou: Für jeden erfolgreich durchlaufenen Beruf kann die Spielerin Ausrüstung dazugewinnen und damit ihre Spielfigur ausstatten.

Girls'Planet ist das erste Online-Spiel für Mädchen, in dem spielerisch die Berufsgebiete Naturwissenschaften und Technik entdeckt werden können. Das Spiel informiert Mädchen über Berufe in diesen Bereichen, weckt Neugier, hilft Vorbehalte abzubauen und ein Bewusstsein für die Vielfalt von Berufen und Möglichkeiten für Frauen zu schaffen. Als interaktives Lernspiel dient die Anwendung der Wissens- und Interessenbildung innerhalb des Berufsorientierungsprozesses.

ausprobieren unter www.girls-day.de

Girls'Day Schulpreis 2006 verliehen

Die Initiative D21 verleiht in diesem Jahr zum dritten Mal den D21 Girls'Day Schulpreis. Der mit insgesamt 3.500 Euro dotierte Preis zeichnet Schulen aus, die mit großem Engagement und Erfolg Mädchen auf die Berufswelt vorbereiten und hierfür innovative und langfristige angesetzte Konzepte unter Einbezug des Girls'Day entwickelt haben. Die drei Gewinnerschulen 2006 sind: die Albert-Einstein-Schule in Remscheid (Nordrhein-Westfalen), die Hauptschule Coerde in Münster (Nordrhein-Westfalen) und die Regionale Schule Goetheschule in Contwig (Rheinland-Pfalz).

Allen drei Schulen ist es aus Sicht der Jurymitglieder beispielgebend gelungen, den alljährlichen Girls'Day Mädchen-Zukunftstag in ihre Berufsorientierungsprogramme zu integrieren. Für die Schülerinnen stand neben der Ermutigung zur Teilnahme stets auch eine entsprechende Vor- und Nachbereitung des Zukunftstages im Unterricht an. Der nachhaltige Erfolg der Berufsorientierungsmaßnahmen basierte zudem auf einer guten Informations- und Kommunikationskultur sowohl innerhalb der Schule - bezo-

Aus der Rechtsprechung Kein Anspruch eines Grundschülers auf Sitzplatz im Schulbus

Ein Landkreis, der die ihm obliegende Schülerbeförderung durch rechtmäßige Satzung auf den öffentlichen Personennahverkehr übertragen hat, ist nicht verpflichtet, für jeden beförderten Grundschüler einen Sitzplatz zu garantieren und besondere Busse mit Sitzplätzen für alle Schüler einzusetzen. Er haftet demnach nicht, wenn ein Grundschüler, der mangels eines Sitzplatzes auf dem Mittelgang des Schulbusses stehen musste, bei einem Sturz infolge einer plötzlichen Bremsung des Busses Verletzungen erleidet.

So entschied das Landgericht Verden am 7. September 2005; Az: 7 O 167/05

Eine 9-jährige Schülerin fuhr mit dem Schulbus zur Grundschule. Sie musste im Mittelgang des Busses stehen und sich an Haltegriffen festhalten, wie ca. 20 bis 25 andere Kinder auch, weil die vorhandenen Sitzplätze belegt waren. Als der Busfahrer verkehrsbedingt gezwungen war zu bremsen, verlor das Mädchen den Halt und stürzte über ein anderes Kind hinweg. Beim Auftreffen auf den Boden des Busses schlug sie mit dem Gesicht auf und verletzte sich, neben verschiedenen Prellungen, am Mund und an den Zähnen. Durch den Aufprall lösten sich im Ober- und Unterkiefer jeweils 4 Zähne, die aber wieder angewachsen sind.

Ihre Klage auf Schmerzensgeld wurde vom Gericht abgewiesen, da dem Träger der Schülerbeförderung als Beklagtem keine Amtspflichtverletzung zur Last gelegt werden konnte. Die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis sieht eine Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für die Schülerbeförderung vor. Der eingesetzte Bus ist mit 45 Sitz- und 46 Stehplätzen amtlich zugelassen und war nicht überfüllt.

Von daher ist der Beklagte seinen Amtspflichten nachgekommen.

gen auf die Schülerinnen und Schüler und das Kollegium als auch außerhalb zu den Eltern sowie den örtlichen Betrieben, Unternehmen und Netzwerken.

3. Preis: Regionale Schule Goetheschule, Contwig, Rheinland-Pfalz

Die Jury überzeugte die Einbindung des Girls'Day in die Berufswahlorientierung der Schule, indem dieser im Unterricht vor- und nachbereitet werde und die Mädchen sich eigenverantwortlich um einen Praktikumsplatz für diesen Aktionstag kümmern müssen. Dies fördere die Selbstständigkeit und die stärkere Auseinandersetzung mit den jeweiligen Berufsfeldern. Hervorgehoben wurde auch die vorbildliche Einbindung der Eltern und der örtlichen Unternehmen in die Berufswahlorientierung durch entsprechende Aktionstage in der Schule. Nach Auffassung der Jury sollte die Idee der Schwerpunktschule mit dem Thema Berufsorientierung gerade in der heutigen Zeit auf jeden Fall eine weitere Verbreitung erfahren. Damit erhält die Regionale Schule Goetheschule den mit 500 Euro dotierten dritten Preis.

Buchbesprechung

ELTERN WOLLEN EINE ANDERE SCHULE

Bilanz- und Streitschrift von Renate Hendricks

Eltern dürfen die Kohle zum Grillfest besorgen, das Klassenzimmer streichen und das Schulfest besuchen. Ansonsten sollen sie möglichst still sein, sich nicht einmischen, aber daheim jenen Unterrichtsstoff vermitteln, den Lehrerin oder Lehrer dem Kind nicht erklären konnte. Renate Hendricks, langjährige Vorsitzende des Bundeselternbeirats und jetzige SPD-Landtagsabgeordnete in NRW, geht mit der deutschen Schule streng ins Gericht. „Schicksal Schule“ heißt ihre Streitschrift (Klett-Verlag, 172 S., 14,95 Euro) Hinter der Mutter von fünf Kindern liegen 25 Jahre Elternarbeit und immer wieder die gleichen Themen: Machtanspruch der Schule, fehlende Professionalität der Schulleitung, mangelnde Transparenz der Notengebung, Verantwortungslosigkeit gegenüber Kindern, mangelnde Förderbereitschaft und fehlende Wahrnehmung von individuellen Lebenslagen.

„Eltern wollen andere Verhältnisse“, stellt Renate Hendricks fest. Bereits im Frühjahr 2003 hätten sich der Bundeselternrat für eine längere, gemeinsame Lernzeit von Schülerinnen und Schülern eingesetzt. Immer mehr Eltern seien unzufrieden mit dem deutschen Schulsystem, das noch immer von „sozialer Ungerechtigkeit, Selektion und Druck“ geprägt sei. Heftig kritisiert die Buchautorin die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. Die meisten schulischen Veranstaltungen mit Eltern seien „Alibiveranstaltungen, in denen Lehrer, Eltern und Schüler eine Form der schematisierten Zusammenarbeit praktizierten, die für die meisten Eltern nicht durchschaubar“ sei. Seit mehr als



25 Jahren fordere der Bundeselternrat eine bessere Lehrerausbildung, die Beseitigung eines „pädagogischen Notstandsgebiets“. „Aus meiner Sicht müssen die Besten eines Jahrgangs für die Schule gewonnen werden wie es in Finnland der Fall ist“. Oder: Wer an der PH Stockholm studiert, lernt während der Ausbildung nicht nur den Schulalltag kennen, sondern auch das Sozialamt, die Polizei und das Jugendamt. Schließlich, so die schwedische Überzeugung, ist Schule

Teil einer Gesellschaft. Und Hendricks geht noch einen Schritt weiter: „Die Lehrerarbeitszeit muss einen fest definierten Teil Zusammenarbeit mit Eltern enthalten“.

Im Lichte internationaler Untersuchungen wie PISA und im Lichte eigener Erfahrungen in Kanada, Finnland und Schweden ruft sie Lehrer, Eltern und Schüler auf, das Schicksal „Schule“ nicht länger so hinzunehmen:

Hauptschüler, die in diesem unsozialen Bildungssystem keine Ausbildungschance haben,

Tausende von Kindern und Jugendlichen, die der Systemfrage geopfert werden: Sitzenbleiber, Schulwechsler, abgeschulte und umgeschulte,

Halbtagschule. Damit Kinder aus sozial schwachen Familien oder aus Migrantenfamilien eine Bildungs- und Lebenschance bekommen, braucht auch Deutschland eine verpflichtende Ganztagschule wie die meisten Länder dieser Erde,

das Schulsystem selektiert auch die Eltern mit den gleichen negativen Folgen wie in den Klassen der Kinder: anregungsarm, wenig stimulierend und wenig motivierend Andersartigkeit nicht als Problem zu sehen, sondern als Bereicherung.

Kompetent und erfahren legt Renate Hendricks eine erschreckende Schulbilanz vor: Trotz vieler Reisen und internationaler Untersuchungen blieben die Deutschen in Sachen Schule unbelehrbar. „Nur bei der Bildung tun wir uns schwer, internationale Erkenntnisse zu adaptieren und auf unser System zu übertragen“.

Paul Schwarz

Neuer Film

Lernen – Gedächtnis

Unser Gehirn lernt immer – es tut sogar nichts lieber, sagt der Hirnforscher. Aber das glaubt natürlich keiner. Lernen gilt als saure Pflicht, öde und nervtötend. Nur wenn man es falsch macht, antwortet die Hirnforschung und wenn man Lernen mit Pauken verwechselt. Aber wie lernt man richtig? Das zeigt der neue Film des Filmemachers Paul Schwarz, der in enger Zusammenarbeit mit dem Gehirnforscher Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer entstanden ist: „Das Gehirn lernt immer. Hirnforschung und Schule“ (DVD 45 min. 15,00 Euro plus Porto).

Was bedeuten die Erkenntnisse der Hirnforschung für die Schule und für einen noch besseren Unterricht? Im unterrichtlichen Handeln zeigt sich, was wirkt und was nicht, welche Theorie taugt und welche nicht, welche Vorgänge wichtig sind in unserem Kopf und welche nebensächlich. Erfolgreiches Lernen durch Vernetzung von Gehirnforschung und Schule – darum geht es in diesem Film. Nach einem mehr theoretischen kleinen Teil (Was ist Gehirn? Was ist Lernen? Was ist Gedächtnis?) folgt die breite schulische Praxis, wie Lernen gelingen kann. Einige Stichworte dazu: Aufmerksamkeit, Emotion, Bewegung, szenisches Lernen Umgang mit der Zeit...



Bestelladresse: „Transferzentrum für Neurowissenschaft und Lernen“, info@znl-ulm.de oder Tel. 0731/ 500 – 620 00

Elternfortbildung 2006

Kommunikation/Gesprächsführung Moderation

Elternarbeit erfordert viel Geschick in der Gesprächsführung. Ob mit Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitungen oder mit Eltern: Es können Probleme entstehen, auf die man oft nur ungenügend vorbereitet ist. Ähnlich sieht es bei der Moderation eines Elternabends oder einer Schulelternbeiratssitzung aus. Die Veranstaltung gibt Tipps und Hinweise, wie man solche Hürden meistern kann.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

03. März 2007	Saarburg	IFB-Nr: siehe
03. März 2007	Boppard	IFB-Nr: LEB-Homepage
03. März 2007	Speyer	IFB-Nr:

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

10. März 2007	Saarburg	IFB-Nr: siehe
10. März 2007	Boppard	IFB-Nr: LEB-Homepage
10. März 2007	Speyer	IFB-Nr:

Wie können Eltern die Entwicklung ihrer Schule mitgestalten? – Gemeinsame Arbeit am Beispiel des Qualitätsprogramms

Alle Schulen in Rheinland-Pfalz entwickeln ihre Qualitätsprogramme. Eltern müssen in diese Arbeit eingebunden sein. Hier eröffnet sich Schulen und Elternvertretungen ein völlig neues, spannendes Feld der Zusammenarbeit. Wie das zu leisten ist, soll dieser Workshop auch anhand von Beispielen darstellen.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

21. April 2007	Saarburg	IFB-Nr: siehe
21. April 2007	Boppard	IFB-Nr: LEB-Homepage
21. April 2007	Speyer	IFB-Nr:

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

28. April 2007	Saarburg	IFB-Nr: siehe
28. April 2007	Boppard	IFB-Nr: LEB-Homepage
28. April 2007	Speyer	IFB-Nr:

Die Elternfortbildungsveranstaltungen werden in Zusammenarbeit von Landeselternbeirat, Bildungsministerium, der Schulaufsicht (ADD) und dem Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung (IFB) angeboten. Das IFB führt diese Veranstaltungen durch und ist für den organisatorischen Ablauf zuständig. Die Teilnahme ist kostenfrei, lediglich die Fahrtkosten und die Verpflegung sind von den Teilnehmern selbst zu tragen. Es wird empfohlen, Fahrgemeinschaften zu bilden. Das Programm geht Ihnen bei Anmeldung ca. 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn zu. Anmeldungen richten Sie bitte per Telefon - Nr. 06581/9167-10, per e-Mail unter der Adresse: andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de oder über das Formular auf der LEB Homepage: <http://leb.bildung-rp.de> an Frau Pogrzeba.

Gemeinsame Erklärung

des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz (DGB),
des Landeselternbeirates (LEB), der
LandeschülerInnenvertretung Gymnasien und Kollegs (LSV)
und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz (GEW) zur Ausbildungsplatzkrise

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich weiter verschärft. Trotz hoher Nachfrage wurden 2006 bundesweit rd. 3 % und in Rheinland-Pfalz ca. 5 % weniger Ausbildungsplätze angeboten.

Die Unterzeichner appellieren an Betriebe und Unternehmen, die Ausbildung von jungen Menschen als verantwortungsvolle Aufgabe gegenüber der Gesellschaft zu begreifen und damit die Zukunft zu gestalten. Nur jeder 3. rheinland-pfälzische Betrieb bildet derzeit aus.

Die Unterzeichner fordern Ministerpräsidenten Kurt Beck auf, sich in der Großen Koalition sowie im Bundesrat für die Einrichtung eines Ausbildungsfonds einzusetzen.

Darüber hinaus fordern die Unterzeichner die Regierungskoalition auf, den Überschuss

der Bundesanstalt für Arbeit – in Höhe von voraussichtlich 12 Mrd. Euro – zum Teil für die Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsstellen zu verwenden.

Von der Landesregierung erwarten wir, dass Jugendlichen, die im Dualen System keinen Ausbildungsplatz finden, trotzdem eine Berufsausbildung ermöglicht und durch geeignete Maßnahmen sichergestellt wird, dass notwendige Unterstützungsleistungen, wie z.B. Sprachkurse, soziales Training, Hilfe bei den Bewerbungen etc. zur Verfügung stehen.

Gemeinsam fordern wir ein Bildungssystem, dass allen Jugendlichen Chancen bietet, statt sie auszusortieren.

Mainz, im November 2006

